



Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

32. Sitzung (öffentlich)

1. Dezember 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.25 Uhr

Vorsitz: Dr. Horst Posdorf (CDU)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen in der Europäischen Union mit anderen Regionen**

1

Der Ausschuß nimmt einen Bericht der Staatssekretärin des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten entgegen. Das Thema soll während der nächsten Sitzungen anhand des heute vorgelegten, umfangreichen Informationsmaterials vertieft werden.

- 2 **Nordrhein-Westfalen muß mehr für seine Grenzregionen tun!** 4
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2492

Der Antrag wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der CDU-Fraktion abgelehnt.

- 3 **Entwicklungspolitik NRW: Direktmaßnahmen statt Personalausgaben!** 8
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2491

Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen - Drucksache 12/2634 - zum Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 12/2491 - wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 12/2491 - wird mit Stimmenmehrheit der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion abgelehnt.

- 4 **Verschiedenes**
a) **Auslandsreise des Ausschusses**
b) **Nächste Ausschusssitzung**

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 9 des
Diskussionsteils

Protokollberichtigung betreffend **31. Sitzung (öffentlich)** des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik vom **26. November 1997** (Ausschußprotokoll Nr. 12/730): Im **Beschlußteil** muß es auf **Seite II** im ersten Absatz des Beschlußtextes richtig heißen:

Die zu den Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen in den Einzelplänen "Landtag", "Ministerpräsident und Staatskanzlei" sowie "Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten" eingebrachten Änderungsanträge der CDU-Fraktion (Anlage zu diesem Ausschußprotokoll) werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf mit, daß der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Dr. Manfred Dammeyer, sowie Staatssekretär Rüdiger Frohn auswärtige Termine wahrzunehmen hätten. Die Landesregierung werde in der heutigen Sitzung durch Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski vertreten.

1 Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen in der Europäischen Union mit anderen Regionen

Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf erinnert daran, der Ausschuß habe sich mit diesem Thema bereits während der vorangegangenen Legislaturperiode befaßt. Von besonderem Interesse für Nordrhein-Westfalen seien dessen eigene Kontakte zu den Regionen Europas. Aber von gleich großem Interesse seien auch jene Kontakte, die andere Bundesländer mit den Regionen in Europa führten. Wichtig seien die Perspektiven, wo Politik zu vertiefen, zu erweitern oder sogar zu ergänzen habe, um den "Fuß in der Tür zu haben".

Sodann berichtet Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten): Sehr geehrter Herr Vorsitzender meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat am 18. November den Bericht "Nordrhein-Westfalen in der inter-regionalen Zusammenarbeit" verabschiedet. Wir haben Ihnen diesen Bericht heute als Tischvorlage vorgelegt. Insgesamt umfaßt der 54 Seiten, auf denen wir zusammengestellt haben, welches Ministerium mit welchen Regionen auf welchen Gebieten zusammenarbeitet.

Die Rolle der Regionen in der Europäischen Union hat aus unserer Sicht in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Diese Rolle wird in den nächsten Jahren wohl noch spannender werden als bisher. Erinnern will ich nur daran, daß anfangs die Bundesrepublik Deutschland das einzige föderale Land war, mittlerweile aber Belgien eine föderale Verfassung hat, Österreich in die EU gekommen ist, die Schotten ihr eigenes Parlament erhalten, was vorher niemand für möglich gehalten hätte, die Waliser ihre Versammlung. Und in Italien und Spanien wird auch über die Föderalisierung des Staates beraten.

Die Regionen haben auf europäischer Ebene natürlich durch die Einrichtung des Ausschusses der Regionen eine Stärkung erfahren. Gleichzeitig gewinnt die Zusammenarbeit zwischen den Regionen und deren Vernetzung miteinander wachsende Bedeutung. Die Kontakte zwischen den Regionen haben sich erheblich ausgeweitet. Dies wird auch durch die Europäische Union gefördert, etwa im Rahmen der innovativen Pilotprojekte nach Artikel 10 der Verordnung über den europäischen Regionalfonds, aber auch im Rahmen anderer Programme wie zum Beispiel INTERREG.

Es ist deshalb, so glaube ich, wichtig, daß wir uns - allerdings erst nach der Lektüre dieses Berichtes - gemeinsam darauf verständigen können, wofür das Land Nordrhein-Westfalen die Prioritäten liegen, wie in der Zusammenarbeit zwischen den Regionen weiter verfahren werden soll. Auch der Landtag hat ja seine eigenen Kontakte. Es wäre sinnvoll, wenn die Landesregierung und der Landtag insgesamt an einem Strang

(Vorsitzender Dr. Horst Posdorf ... und in eine Richtung!)

und in eine Richtung zögen. Zuletzt hatte die Landesregierung vor fünf Jahren einen Bericht vorgelegt.

Wollte ich versuchen, die sehr vielfältigen Kontakte, die wir auf 54 Seiten dargestellt haben, zusammenzufassen, lautete der Obersatz: In der Praxis der interregionalen Zusammenarbeit ergeben sich jeweils ressortspezifische Ansätze. Diese gehen aus von den praktischen Projekten, die Zusammenarbeit mit anderen Regionen und in Europa insgesamt wächst.

Aus unserer Sicht ist es - das werden Sie erkennen, wenn Sie den Bericht lesen - verständlich, daß die meisten interregionalen Projekte der Zusammenarbeit im Wirtschaftsministerium laufen, im Umweltministerium sowie im Wissenschaftsministerium. Ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt naturgemäß bei unseren unmittelbaren Nachbarn, den belgischen Regionen und Gemeinschaften und den niederländischen Provinzen! Wir arbeiten am engsten mit Gelderland, Limburg und Oberijssel zusammen. Sehr eng ist auch die Zusammenarbeit mit den belgischen Regionen: Mit Flandern und der Wallonie haben wir seit 1990 beziehungsweise 1991 förmliche Vereinbarungen über die interregionale Zusammenarbeit.

Eine förmliche Vereinbarung haben wir mit der spanischen autonomen Gemeinschaft Valencia seit 1992. Allerdings muß ich dazu anmerken, daß diese Zusammenarbeit eigentlich nicht richtig mit Leben erfüllt worden ist. Dies hing auch damit zusammen, daß dort die Regierung gewechselt hat und die Kontakte plötzlich abgebrochen worden sind.

Wenn Sie den ausführlichen Bericht lesen, drängt sich Ihnen ein großes Bild der Vielfalt auf, wobei ich nicht von einem "Flickenteppich" sprechen will. Abgesehen von unseren Nachbarn, kann man nicht genau sagen, daß wir schwerpunktmäßig mit der einen oder anderen Region zusammenarbeiteten. Das hängt damit zusammen - darauf bin ich bereits eingegangen -, daß je nach Ressort und Themenstellung auch die unterschiedlichen Regionen für eine Zusammenarbeit in Frage kommen. Wir arbeiten mit Katalonien und der Lombardei zusammen, mit Nord Pas de Calais, mit Tampere in Finnland. Damit habe ich allerdings nur einige benannt.

Wenn es zum Beispiel um die gemeinsame Interessenvertretung der Ziel-2-Regionen geht, arbeiten wir natürlich mit den entsprechenden Regionen zusammen, wie beispielsweise Nord Pas de Calais. Wer aber an bestimmten Programmen der EU teilnehmen will, etwa an dem Pilotprojekt nach Artikel 10/Efre-Verordnung, benötigt Partner aus den Ziel-1-Regionen. Um ein Nordrhein-Westfalen betreffendes Beispiel zu nennen: Im Rahmen einer Gruppe von Regionen an Rhein, Maas, Mosel und Schelde, die auf unsere Initiative hin seit 1994 regelmäßig zusammenarbeitet, hat sich ein von NRW geführtes Konsortium erfolgreich an einer Ausschreibung für Projekte beteiligt, die den Weg der Regionen in die Informationsgesellschaft fördern sollen. Dabei geht es um das sogenannte Ida-Projekt. Das Konzept wurde im Auftrag des Wirtschaftsministers wesentlich vom Forschungsinstitut für Telekommunikation in Dortmund entwickelt. An diesem Projekt beteiligen sich neun europäische Regionen,

nämlich Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Gelderland, Flandern, die Wallonie, Lothringen, Nordirland, Extramadura und Västernorrland in Schweden. Das Konsortium wird von Nordrhein-Westfalen geführt. Insgesamt sind an dem Projekt 69 öffentliche und private Einrichtungen - unter anderem fünf Universitäten - beteiligt. Aus diesen Gründen ergibt sich insgesamt ein Bild, das auf den ersten Blick wenig kohärent erscheinen mag, aber doch immer begründet ist und einem Zweck dient. Besondere Bedeutung haben für uns natürlich die vier Euregios an der deutsch-niederländischen beziehungsweise deutsch-belgischen Grenze. Die Euregios sind zwar Einrichtungen der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit; aber viele Projekte sind interregional angelegt. Dies beginnt bei zahlreichen Projekten im sozialpolitischen Bereich und setzt sich fort bis hin zu umwelt-, verbraucher- und wirtschaftspolitischen Projekten.

Auch landeseigene Einrichtungen wie zum Beispiel ZENIT sind auf Anregung der Landesregierung im interregionalen Bereich besonders aktiv. Die Kooperation im Bereich von Forschung und Technologie zählt ohne Frage zu den Kernbereichen interregionaler Zusammenarbeit. Im belgisch-deutsch-niederländischen Grenzgebiet wird die konkrete Zusammenarbeit zumeist entweder unmittelbar von den Universitäten oder den Technologie- und Gründerzentren im Rahmen von euregionalen Projekten durchgeführt. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit des Technologiezentrums Kleve mit dem Technologiezentrum der Universität Nimwegen. Zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge im Grenzgebiet hat die AOK-Rheinland 1996 ein Abkommen mit jeweils einer Krankenkasse in Belgien beziehungsweise den Niederlanden geschlossen, und zwar mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Krankenversorgung im Raum Aachen/Lüttich/Maastricht zu verbessern. Von diesem gemeinsamen Projekt werden ohne Frage wichtige Impulse und Anregungen für die Verbesserung der grenzüberschreitenden Krankenversorgung insgesamt ausgehen.

Die Landesregierung beteiligt sich ebenfalls an der Arbeit mehrerer interregionaler Vereinigungen mit ganz spezifischer Zielsetzung: Neben der Versammlung der Regionen Europas als Dachorganisation bestehen zahlreiche weitere interregionale Foren. So arbeitet NRW beispielsweise in der Konferenz der Flughafenregionen, in der Konferenz der Stahlgebiete, der Konferenz der Regionalen Umweltminister und im Netzwerk der Regionen für Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation. In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, daß derartige interregionale Vereinigungen zum Ausgangspunkt von EU-Aktivitäten, vor allem aber auch von EU-Programmen geworden sind. Wir werden uns an solchen Aktivitäten weiter beteiligen, denn wir wollen nicht, daß der Zug ohne uns abfährt.

Über den Ausschuß der Regionen habe ich schon gesprochen. Dieser Ausschuß fördert natürlich durch das Zusammentreffen seiner Mitglieder außerhalb der Tagesordnung viele Kontakte und führt dadurch zur interregionalen Zusammenarbeit. Die Europäische Kommission hat auch die Zusammenarbeit mit dem Ausschuß der Regionen intensiviert, unter anderem um die Regionen stärker in die Konzipierung und Durchführung europäischer Politik einzubinden. Die Kommission führt gemeinsam mit dem Ausschuß der Regionen Seminarzyklen zu bestimmten Themen durch. Derartige Konferenzen haben unter anderem schon zur Raumordnung, zur Verkehrspolitik - im Oktober in unserem Haus in Bonn - und zur Rolle der Regionen in der Umweltpolitik stattgefunden.

Angesichts zahlreicher Anfragen, die wir erhalten, aber nicht alle befriedigen können, stellt sich für uns auch nach diesem Bericht die Frage der Prioritätensetzung. Wir sind der Auffassung, daß wir bei künftigen Aktivitäten zunächst mit konkreter und projektorientierter Arbeit beginnen sollten. Erst danach sollten wir den Weg förmlicher Vereinbarungen gehen, weil es sich nämlich erwiesen hat, daß dann, wenn die konkrete Zusammenarbeit klappt, mehr zusammenwächst, als wenn es nur rein theoretisch eine Zusammenarbeit begründet. Ich glaube, daß dies der richtige Weg ist, den wir verstärkt fortsetzen sollten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf dankt der Staatssekretärin für die umfangreiche Vorlage und ihren zusammenfassenden Bericht. Der Ausschuß werde die dort aufgerufenen Themen in Zukunft permanent begleiten. Insofern biete die Vorlage inklusive des zusammenfassenden Berichtes eine hervorragende Basis.

Ilka Keller (CDU) beantragt angesichts des Berichtes und der umfangreichen Vorlage, der Ausschuß solle in einer seiner nächsten Sitzungen ausführlich diskutieren und dabei Überlegungen anstellen, welche Einzelaspekte noch intensiver angepackt werden müßten. - Das habe er, antwortet der **Vorsitzende**, mit "permanent begleiten" gemeint. - Angesichts der Vorgaben des Vorsitzenden, so **Gabriele Sikora (SPD)**, könne sie von einer Wortmeldung absehen. - **Ute Koczy (GRÜNE)** schließt sich dem namens ihrer Fraktion an.

2 Nordrhein-Westfalen muß mehr für seine Grenzregionen tun!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2492

Dieser Antrag, teilt **Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf** mit, sei dem Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik vom Plenum am 29. Oktober 1997 zur abschließenden Beratung überwiesen worden. Das entsprechende Verfahren sei in Artikel 88 Abs. 2 c) der Geschäftsordnung des Landtags NW geregelt. Danach sei der Ausschuß verpflichtet, den Antrag in öffentlicher Sitzung abzustimmen.

Ilka Keller (CDU) teilt mit, Anlaß für den Antrag ihrer Fraktion sei unter anderem gewesen, daß die Zusammenarbeit im Grenzbereich noch erheblich forciert werden müsse. Daß dort noch einiges getan werden müsse, sei durch die unterschiedlichen Gesetzeslagen bedingt. Es seien Überlegungen angestellt worden, wie in den Euregios grenzüberschreitend zusammengearbeitet werden könne und die einzelnen Gesetzesvorschriften "außer Kraft gesetzt" werden

könnten, damit das Zusammenarbeiten in Europa im kleinen Kreise praktiziert werden könne. Gebe es Überlegungen in diese Richtung auf seiten des Ministeriums?

Angedacht und diskutiert worden sei diese bereits sehr oft, antwortet **Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski**. Die Probleme hingen fast ausschließlich mit den voneinander abweichenden "bundesstaatlichen Regelungen" auf deutscher, belgischer und niederländischer Seite zusammen. Ansonsten verlaufe die Zusammenarbeit in den Euregios nach Auffassung der Landesregierung hervorragend. Noch in ihrer Sitzung am 11. November 1997 hätten auch die Vertreterinnen und Vertreter der Euregios der nordrhein-westfälischen Landesregierung bestätigt, daß diese Zusammenarbeit gut funktioniere. Diese Zusammenarbeit habe sogar Vorbildcharakter für ganz Europa. Ferner stünden Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung. Die zugehörige schriftliche Stellungnahme dieser Euregio-Zusammenkunft könne dem Ausschuß an die Hand gegeben werden.

(Zustimmung des Ausschusses)

Ute Koczy (GRÜNE) führt aus, im Gegensatz zu dem von der Landesregierung unter dem vorherigen Tagesordnungspunkt vorgelegten Papier zeichne sich der Antrag der CDU-Fraktion durch eine "schlanke Ausdrucksweise" aus. Es fehle die nötige Substanz. Auch vermisse sie konkrete Stellungnahmen. Die CDU-Fraktion operiere lediglich mit Begrifflichkeiten, die auf Selbstverständliches abzielten (z. B. "Der Landtag begrüßt ...", "die Bemühungen müssen noch verstärkt werden ..."), die zuwenig auf den Kern des Problems ausgerichtet seien und sich damit nicht ernsthaft auseinandersetzen. Der Antrag sei angesichts der Aktivitäten der Landesregierung längst überholt.

Gabriele Sikora (SPD) verweist zunächst auf ihre plenaren Ausführungen. Die Sinnhaftigkeit des Antrags sei ihr seitdem immer noch verschlossen geblieben. Der Titel des Antrags der CDU-Fraktion impliziere, daß es gravierende Defizite in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit gebe. Diese Defizite sehe sie allerdings nicht. Die Grenzregionen selber seien mit der Kooperation hochzufrieden. Die Entwicklung in den Euregios habe modellhaften Charakter für die Politik in der Europäischen Union insgesamt. Bei Unterredungen, die sie in der vorangegangenen Woche geführt habe, sei ihr berichtet worden, in welcher Weise die Gemeinschaftsinitiativen bisher genutzt worden seien. Der Ausschöpfungsgrad liege danach bei INTERREG bei lediglich 80 %. INETERREG werde im Zusammenhang mit dem Finanzierungsvorschlag für die "Agenda 2000" als Gemeinschaftsinitiative erwähnt. Die Arbeit werde sehr gelobt. Gleichzeitig werde darauf hingewiesen, daß in der "Agenda 2000" die Ausformulierung in Richtung INTERREG noch nicht so vorgenommen worden sei, wie das möglich wäre. Spielräume seien vorhanden.

Die bisher vorgelegten operationellen Programme könnten im Zuge der weiteren Ausformulierung bis Ende April nächsten Jahres noch geändert werden. Einen neuen Schwerpunkt im INTERREG-Programm könne die Raumordnung bilden. Die Abstimmung hierzu sei auf Kommissionsebene noch nicht abschließend erfolgt. Eine Konzentration auf nur noch drei

Gemeinschaftsinitiativen verdeutliche, daß es künftig mehr Mittel für INTERREG geben werde, so daß sich die vier Euregios gewiß sein könnten, daß dann mehr Mittel als bisher für sie zur Verfügung gestellt würden. - Ihre Fraktion werde den CDU-Antrag ablehnen.

Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski erwidert, allgemein begrüßt worden sei, daß INTERREG weitergeführt werden solle. Das sei aus nordrhein-westfälischer Sicht besonders wichtig. Allerdings müsse sie die Hoffnung trüben, daß Nordrhein-Westfalen fortan mehr Mittel aus dem INTERREG-Programm zur Verfügung gestellt bekomme. Die Kommission sehe auch Kürzungen vor. Außerdem müsse an die interregionalen Projekte im Zusammenhang mit der Osterweiterung gedacht werden. Nordrhein-Westfalen müsse insofern noch sehr dafür kämpfen, wolle man die Mittel, die bisher zur Verfügung gestanden hätten, beibehalten.

Werner Jostmeier (CDU) streitet nicht ab, daß die Zusammenarbeit zwischen den Euregios und der Landesregierung gut verlaufe. Da die SPD-Fraktion allerdings die Sinnhaftigkeit des CDU-Antrags nicht nachvollziehen könne und Defizite sehe, empfehle er, sich aus dem Polizeibereich direkt darüber berichten zu lassen, welche Schwierigkeiten dort in der Grenzregion bestünden. Gleiches gelte für die Bekämpfung des Drogenhandels, den Zoll, Kindergärten. Dort bestehe durchaus Handlungsbedarf.

(Gabriele Sikora [SPD]: Aber das ist Bundespolitik. - Hermann Josef Schmitz [CDU]: "Polizei" ist Sache der Länder.)

- Er habe sich mittlerweile daran gewöhnt, daß die nordrhein-westfälische Landesregierung bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten - selbst in Fragen der Hochschulpolitik - nur Schuldzuweisungen in Richtung Bonn vornehme, obwohl Schul- und Hochschulpolitik Angelegenheiten in Länderzuständigkeit seien. Die im Polizeibereich Tätigen hätten mitgeteilt, sie müßten mit Repressalien rechnen, wenn sie ihr Anliegen auf formalem Wege vortrügen. Daß insofern hier im Ausschuß die Sinnhaftigkeit und des weiteren die damit zusammenhängenden Defizite verkannt würden, bedeute eigentlich, die Augen zu verschließen. Daß alles nur auf Bonn geschoben werde, komme einem völligen "Wegtauchen" in punkto Wahrnehmung der eigenen Verantwortung gleich. Der Antrag seiner Fraktion basiere durchaus auf konkreten Beispielen.

Es habe ihr fern gelegen, führt **Staatssekretärin Dörrhöfer-Tucholski** aus, Schuldzuweisungen in Richtung Bonn vorzunehmen. Hier gehe es vielmehr darum zu verdeutlichen, daß die meisten Probleme im Zusammenhang mit der Freizügigkeit auf bundesgesetzliche Regelungen zurückgingen (z. B. Sozialgesetzgebung, Steuergesetzgebung, staatvertragliche Regelungen zur Anerkennung von Berufsabschlüssen). Im Polizeibereich gebe es im übrigen auch Pilotprojekte zur Kooperation über die Grenzen hinweg.

Die CDU-Fraktion habe, so **Gabriele Sikora (SPD)**, ihren Antrag mittlerweile ausgeweitet. Der Vorhalt betreffend die polizeiliche Kooperation lasse sich aus dem Ursprungsantrag nicht

ableiten. Ansatzpunkt für die CDU-Fraktion seien die Euregio-Aktionswochen sowie die Euregio-Aktionsprogramme gewesen, die im übrigen in Einzelplan des Wirtschaftsministers ressortierten. Die Euregios selber sähen keinerlei Defizite, sondern pflegten eine vorbildliche Zusammenarbeit mit der Landesregierung NW und den Bezirksregierungen. Auf einer Konferenz zum Thema "Zukunftsfähiger Grenzraum im zusammenwachsenden Europa" in der letzten Woche sei als Tenor die hervorragende interregionale Zusammenarbeit betont worden. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Krankenkassen beim Krankentransport sei; erwähnt worden. In der Zusammenarbeit zwischen der Niederlande und der Bezirksregierung Münster betreffend transeuropäische Netze sei deutlich geworden, wie und wie sehr die Ebenen bei bestimmten Themen zusammenarbeiteten und welche guten Ergebnisse gezeitigt würden.

Niemand stelle in Frage, erklärt **Ilka Keller (CDU)**, daß in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bereits Wesentliches passiert sei und die Euregios positiv arbeiteten. Dennoch dürfe festgestellt werden, daß noch vieles zu verbessern sei. Bei einem Gespräch ihrer Fraktion mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern in der letzten Woche sei eine umfangreiche Palette von Vorstellungen geäußert worden, wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zukunft verbessert werden könne, damit Nordrhein-Westfalen gerade im handwerklichen Bereich nicht ins Hintertreffen gerate. Über solche Themen solle durchaus diskutiert werden. Die Zusammenarbeit der Regionen solle auf der Grundlage des heute vorgelegten schriftlichen Berichts in einer der nächsten Sitzungen weiter erörtert werden. Nichtsdestoweniger solle, so Ilke Keller auf eine entsprechende Nachfrage des **Vorsitzenden** betreffend das weitere Verfahren heute über den Antrag abgestimmt werden. - Dies insofern auch, weil, bemerkt der Vorsitzende, das Thema zukünftig weiter auf der Tagesordnung stehen werde.

Volkmar Klein (CDU) macht darauf aufmerksam, die Euregios nähmen bei ihrer Arbeit Querschnittsfunktionen wahr. - Insofern müsse auch der Aspekt "Kriminalität" beachtet werden. Immerhin könne weit unterhalb der Europol-Ebene durchaus ein Anwachsen der Kleinkriminalität verzeichnet werden. Darüber sei in der Grenzregion berichtet worden. Deshalb müsse es in der praktischen Alltagsarbeit der Polizei zu mehr Kooperation kommen. Der CDU-Antrag sei als Anstoß für eine solche Beratung und Weiterentwicklung Interesse bestehe. Sofern der Antrag in Frage gestellt werde, müsse er daran zweifeln, daß an einer Weiterentwicklung Interesse bestehe. Deshalb erübrige sich eine Verschiebung der Antragsberatung in die nächste Sitzung. Der Ausschuß solle heute abstimmen.

Sodann wird der Antrag der CDU-Fraktion **Drucksache 12/2492** mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

3 **Entwicklungspolitik NRW: Direktmaßnahmen statt Personalausgaben!**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2491

Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf teilt mit, zum Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 12/2491 - hätten die Koalitionsfraktionen mit Drucksache 12/2634 am 25. November einen Entschließungsantrag eingebracht. Auf der Grundlage dieser beiden Drucksachen solle heute die abschließende Beratung geführt werden.

Ute Koczy (GRÜNE) legt dar, seit der Rio-Konferenz gebe es ein neues Paradigma in der sogenannten Eine-Welt-Politik der CDU-Fraktion. Klar sei, daß es die alte Entwicklungspolitik aber nicht mehr gebe, sondern die Länder des Südens an die Industrieländer des Nordens herangetreten seien mit der Aufforderung, etwas gegen CO₂-Belastung und die enorme Ressourcenverschwendung zu unternehmen. Die CDU-Fraktion sei mit ihrem Denken immer noch in der Zeit vor 1992 verhaftet und habe nicht begriffen, daß Nordrhein-Westfalen für die Bundesrepublik Deutschland eine neue Eine-Welt-Politik begonnen habe, die die Forderungen der Rio-Konferenz aufgreife. Vor Ort müsse Bewußtseinsarbeit geleistet werden. Wer internationale Zusammenarbeit pflegen wolle, benötige Kontakte nach außen. Deswegen sei im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen von der Balance zwischen den Partnern im Süden und den notwendigen Maßnahmen der Bewußtseinsbildung im eigenen Lande die Rede. Das sei in der Bundesrepublik bislang zuwenig geschehen. Der Eine-Welt-Beitrag, der Nord-Süd-Beauftragte, das Promotor/innen Modell und der 50-Pfennig-Beitrag je Einwohnerin sowie die Überarbeitung der Leitlinien der Entwicklungspolitik der Landesregierung versuchten das umzusetzen, was auf der Konferenz in Rio angestoßen worden sei. Der Antrag der CDU-Fraktion sei rückständig und verfehle das Thema. Deswegen werden er abgelehnt.

Ilka Keller (CDU) erwidert, eine andere Einlassung habe sie gar nicht erwartet. Dennoch sei ihre Fraktion davon überzeugt, daß praktisches Handeln vor Ort dringend geboten sei, wolle man ernsthaft Entwicklungspolitik betreiben. Es sei zwar schön, laufend die Beschlüsse von Rio zu zitieren; die Situation bessere sich allerdings nicht dadurch, daß intern Strukturen aufgebaut würden, die viel Geld verschlängen.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Zwei Millionen DM ist doch nicht die Welt!)

- Bei diesem Betrag werde es auf Dauer wohl nicht bleiben. Man werde die GRÜNEN beim Wort nehmen.

Karin Jung (SPD) weist darauf hin, daß es um Umwelt *und* Entwicklung gehe. Insofern handele es sich um Veränderungen im Norden wie auch im Süden. Sie sehe das Land Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg. Jedoch teile sie nicht die Überzeugung, daß dadurch, daß in Nordrhein-Westfalen verstärkt Mittel für hauptamtliche Kräfte eingesetzt würden, weniger im Empfängerland ankomme. Dem stelle sie ihre Hoffnung entgegen, daß

es zu einem Multiplikatoreneffekt komme, sich neue Projekte und Initiativen überall im Land entfalten. Für Düsseldorf könne sie aus lokaler Sicht diesen Eindruck bestätigen. Für sie seien die Mittel dann gut angelegt, wenn die Probleme in einer breiteren Bevölkerungsschicht erkannt und diskutiert würden, wie Menschen aus eigener Kraft initiativ würden. Während der letzten 15 Jahre habe sich ihrer Sicht nach leider das Vermögen zurückentwickelt, auch einmal den Blick über Europa hinweg auf die Probleme, die andere Kontinente hätten, zu lenken. Die Bundesrepublik Deutschland beschäftige sich zu sehr mit sich im Innenverhältnis. Wenn dem durch die nunmehr ergriffenen Maßnahmen entgegengewirkt werden könne, bedeute dies für sie einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Bei der Strukturierung von Projekten müsse man weg vom großangelegten Maßstab. Diejenigen, die aus privater Initiative heraus Aktionen initiierten, paßten genau auf die Verwendung der von ihnen bereitgestellten Mittel auf und verschafften sich selber einen Eindruck vor Ort. Das bringe auch für Nordrhein-Westfalen wiederum sehr viel mehr an Erfahrungsschatz und bewirke die richtigen Maßnahmen. Eine solche Beobachtung könne der Ausschuß auch im Rahmen seiner anstehenden Südafrikareise machen.

Sodann kommt der Ausschuß zur **Abstimmung**:

Der **Antrag** der Fraktion der CDU-Fraktion **Drucksache 12/2491** wird mit Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Entschließungsantrag Drucksache 12/2634** wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Votum der CDU-Fraktion **angenommen**.

4 Verschiedenes

a) Auslandsreise des Ausschusses

Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf bittet die Fraktionen darum, dem Ausschußsekretariat die Teilnehmer/Teilnehmerinnen für die Ausschußreise bis zum 12. Dezember 1997 zu benennen.

b) Nächste Ausschußsitzung

Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf weist auf den 19. Januar 1998 als Termin für die nächste Sitzung des Ausschusses hin.

Abschließend dankt Ausschußvorsitzender Dr. Horst Posdorf den Ausschußmitgliedern für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenem Jahr. Er wünsche sich, daß diese Art der Zusammenarbeit sich auch in den Folgejahren werde fortsetzen lassen.

gez. Dr. Posdorf

Vorsitzender

17.12.1997 / 17.12.1997

175